



Blickpunkte

Inhalt

Gemeinschaftsprojekt „Soziale Gerechtigkeit“

Mehr Zusammenarbeit für bessere Bildung

Finanzmarktstabilisierungsgesetz – Kosten beim Steuerzahler landen

Sozialdemokratische Industriepolitik

Niebel betreibt Vetterwirtschaft

Endlagersuche für Atommüll

Aus dem Wahlkreis / Kurz notiert

- Alles dicht
- Agralobby blockiert Maßnahmen gegen Intensivtierhaltung
- Enttäuschende Antwort von der Leyens
- Besuch bei Digilas

V.i.S.d.P.:

Ingrid Arndt-Brauer, MdB

Redaktion:

Dr. Marc Schrammeyer

Postfach 11 56

48600 Ochtrup

Tel. 02553/9771053

Fax 02553/9771054

buero.ochtrup@arndt-brauer.de



Informationen der
SPD-Bundestagsabgeordneten
Ingrid Arndt-Brauer

Liebe Leserinnen und Leser,

die Bundesregierung muss sich bewegen. Wir brauchen eine Wachstumsstrategie für Europa. Wir brauchen ein Programm der industriellen Erneuerung, das Europa im globalen Wettbewerb als Produktionsstandort und Ausrüster für ein nachhaltiges Wohlstandsmodell positioniert. Wir brauchen die Umsatzsteuer auf sämtliche Finanzgeschäfte, nicht nur den börslichen Aktienhandel, um Investitionen zu finanzieren und einen Richtungswechsel zur Realwirtschaft einzuleiten. Stattdessen setzt Merkel weiterhin auf Haushaltsrestriktionen und spart damit den Wirtschaftsraum kaputt. Die Konsequenzen wird auch Deutschland zu spüren bekommen, ist doch der deutsche Export auf die europäische Nachfrage angewiesen.

Hinzu kommt, dass die Klientelpolitik und Cliqueswirtschaft der Bundesregierung munter weitergeht. Entwicklungsminister Dirk Niebel begreift offenbar das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit als Versorgungseinrichtung für „verdiente“ FDP-Parteimitglieder, nachdem er noch vor der Bundestagswahl getönt hatte, das Ministerium gehöre abgeschafft. Kein Spruch war ihm damals zu billig, um Stellenstreichungen und Personalabbau zu fordern. Die Aufgabe der Entwicklungszusammenarbeit wird damit verhöhnt.

Während Schwarz-Gelb das Ansehen demokratischer Politik ruiniert, wächst der Problemstau im Land. Der Staat muss wieder den Bürgern dienen. Nirgendwo zeigt sich das so deutlich wie bei der Bildung. Die OECD schreibt uns immer neu ins Stammbuch, wie sehr wir bei Bildungsinvestitionen und Chancengleichheit hinterherhinken. Hinter der Statistik stehen Schicksale: Zu geringe Sprachkenntnisse der Schulkinder, zu viele Schulabbrecher, zu viele Jugendliche ohne Berufsausbildung. Der Ausbau der Kitaplätze aber, die frühe Förderung und Betreuung der Kinder unter drei Jahren sind in Gefahr. Der gesetzliche Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab 2013 – davor warnen viele Kommunen – ist kaum zu erfüllen, Klagen drohen. Doch Merkel stellt sich taub. Schwarz-Gelbe Klientelgesetze in der Steuerpolitik bedienen die Wohlhabenden und entziehen zugleich Bund, Ländern und Kommunen die Mittel, um gleiche Lebenschancen durch bessere Bildung zu erreichen. Auch der Ausbau der Ganztagschulen und die Qualitätsverbesserung der ganztägigen Förderung drohen zu erlahmen.

Im Projekt Zukunft der SPD-Bundestagsfraktion zeigen wir, wie in Deutschland bis 2020 jedes Kind auf eine Ganztagschule gehen kann. Dafür müssen wir Voraussetzungen schaffen. Bund und Länder dürfen sich nicht mehr in einem sinnlosen Kompetenzstreit verhaken, sie müssen für das gemeinsame Ziel besser zusammen wirken. Dauerhafte Finanzhilfen des Bundes für Bildung müssen auf Grundlage von Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern möglich sein.

Ihre

Ingrid Arndt-Brauer



Ausgabe Februar 2012
Seite 1



Blickpunkte

Gemeinschaftsprojekt „Soziale Gerechtigkeit“

Die SPD bereitet sich auf den Bundestagswahlkampf vor. 2012 will sie das Thema „soziale Gerechtigkeit“ weiter zuspitzen und den Ideen-Austausch zwischen Politik und Interessierten verstärken. So soll das SPD-Regierungsprogramm für 2013 nicht im sprichwörtlichen „Hinterzimmer“ entstehen – sondern unter der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern.



© Urban / spd.de

Jahresauftakt-Klausur des Parteivorstandes

Traditionell gibt sich die SPD auf der Jahresauftakt-Klausur des Parteivorstandes ihr Arbeitsprogramm für das laufende Jahr: Zentrale Themen werden festgelegt, wichtige Veranstaltungen geplant – der Fahrplan für die kommenden Monate. In den vergangenen Jahren traf sich die SPD-Spitze in Potsdam - Hermannswerder. So auch in diesem Jahr.

Am Sonntag formierte sich der auf dem Parteitag im Dezember neu gewählte Vorstand, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten wurden festgelegt. Für den Mon-

tag hatte die Partei prominente Gäste eingeladen, um über die aktuelle politische und gesellschaftliche Lage zu diskutieren – unter anderem den Wirtschaftsweisen Peter Bofinger.

2012 bereitet sich die SPD auf den Bundestagswahlkampf vor. Konkret geht es um das Regierungsprogramm. Außerdem will die Partei verlorengegangenes Vertrauen in Politik insgesamt wieder aufbauen: Vor allem bei konservativen Wählerinnen und Wählern, so die Analyse, gebe es massive Verunsicherung, weil Wertvorstellungen wie Ehrlichkeit, Anstand und Verantwortungsbewusstsein gerade von den so genannten „bürgerlichen“ Parteien wiederholt missachtet würden. Zusätzlich fühlten sich

die Menschen zunehmend fremdbestimmt und bedroht durch eine zunehmende soziale Spaltung der Gesellschaft.

Drei Leitfragen

Darauf will die SPD überzeugende Antworten geben und sich als Alternative anbieten. Drei Leitfragen stehen dabei im Vordergrund:

- Wie kann ein Neuanfang „in der Politik“ aussehen und was wird die SPD dafür tun?
- Wohin soll sich die Gesellschaft entwickeln? Es geht um die Grundlagen des Zusammenlebens – in Deutschland, Europa, in der Welt.
- Wie lassen sich wirtschaftlicher Erfolg, soziale Sicherheit und ökologische Nachhaltigkeit überzeugend verbinden?

„Demokratie und Beteiligung“ sowie „soziale Gerechtigkeit“

Ins Zentrum für die Beantwortung dieser Fragen will die SPD „Demokratie und Beteiligung“ sowie „soziale Gerechtigkeit“ stellen.

Das will die Partei sehr konkret machen – und setzt dabei auf die Ideen und Alltagserfahrungen der



Blickpunkte

Bürgerinnen und Bürger. In drei Phasen soll dafür das Regierungsprogramm erarbeitet werden:

- Als Grundlage für die folgenden Diskussionen werden Leitideen aus der Basis der aktuellen Parteitagsbeschlüsse mit Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften, Verbänden und gesellschaftlichen Akteuren vertieft.
- In der zweiten Jahreshälfte werden diese Vorschläge auf öffentlichen Veranstaltungen, im Internet und durch Befragungen von Bürgerinnen und Bürgern zur Diskussion gestellt.
- Die Vorschläge und Anregungen werden anschließend direkt berücksichtigt bei der Erarbeitung des Regierungspro-

gramm-Entwurfs, der Anfang kommenden Jahres bei einem „Bürgerparteitag“ beschlossen werden soll.

Den Wahlkampf im kommenden Jahr will die SPD weniger gegen Angela Merkel und ihre Regierung führen. Nicht die Schwäche der schwarz-gelben Koalition soll zum Erfolg führen, sondern vielmehr die Stärke des eigenen Politikangebots: neues Vertrauen in politische Handlungsfähigkeit, in Werte und in überzeugende Antworten für mehr soziale Gerechtigkeit.

„Wir erleben, glaube ich, wirklich eine Zeitenwende“, sagte der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel im Anschluss an die Jahresauftakt-Klausur. Dem gescheiterten Neoliberalismus halte die SPD die

soziale Marktwirtschaft entgegen. Ziel sei es, das „Miteinander“ in der Gesellschaft zu stärken und die wachsende soziale und kulturelle Spaltung Deutschlands zu überwinden.

Gabriel lud alle interessierten Bürgerinnen und Bürger dazu ein, ab dem Sommer ihre Meinung zum Regierungsprogramm der SPD für die Bundestagswahl 2013 mitzuteilen. „Wir wollen in einer Art Volksbeteiligung allen Menschen in Deutschland die Möglichkeit geben, zu den Ideen von Sozialdemokratie für die Zukunft unseres Landes und die Zukunft Europas ihre Meinung zu sagen, Kritik zu üben und Veränderungsvorschläge zu machen.“

Steinmeier: „Kooperationsverbot ist Blödsinn“

SPD-Fraktion will mehr Zusammenarbeit für bessere Bildung

Die SPD-Fraktion will das Grundgesetz ändern, um bessere Bildung durch mehr Kooperation von Bund und Ländern möglich zu machen. „Mehr Bildung geht nicht mit weniger Zusammenarbeit“, sagte SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier im Bundestag. Deshalb müsse das so genannte Kooperationsverbot in der Verfassung beseitigt werden.



© Schütz / pixelio.de

Die Menschen ärgerten sich, dass Missstände in der Bildung von der

Politik zwar besprochen, aber nicht beseitigt würden, sagte Steinmeier am Donnerstag. „Und am wenigsten verstehen sie, dass sich Bund und Länder auch noch gegenseitig verbieten, gemeinsam an der Beseitigung der Missstände zu arbeiten.“

Der Hintergrund: Seit der Föderalismusreform 2006 ist es dem Bund verfassungsrechtlich nicht möglich, die Länder vor allem bei Verbesserungen im Schulsystem durch Finanzhilfen zu unterstüt-

zen. Die SPD-Fraktion fordert deshalb in einem Antrag eine Neuregelung im Grundgesetz, die dauerhafte Bildungsinvestitionen des Bundes ermöglicht, ohne die Bildungshoheit der Länder einzuschränken. „Wir wollen mit einem neuen Grundgesetzartikel Finanzhilfen für Bildung zielgenau ermöglichen“, erläuterte der stellvertretende bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Sven Schulz. Die Vorschläge wer-

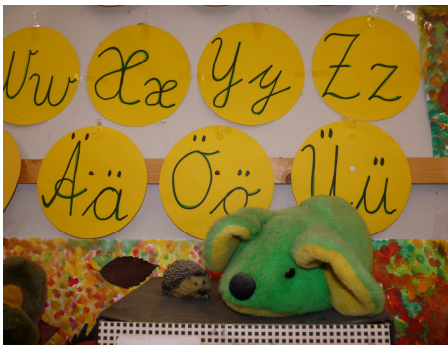


Blickpunkte

den auch von den SPD-geführten Ländern unterstützt.

Kooperationsverbot war ein Fehler

Steinmeier nannte das Kooperationsverbot, das im Paket der Föderalismusreform beschlossen worden sei, einen Fehler. „Wir haben es mitgetragen, weil wir die Föderalismusreform insgesamt nicht gefährden wollten. Aber ich sage es auch für mich persönlich: Es war falsch und es muss bereinigt werden.“



© Schütz / pixelio.de

Er sei nicht der Meinung, dass Bundespolitik in Bildungsfragen klüger ist als Landespolitik, stellte der SPD-Fraktionsvorsitzende klar. Es gehe auch nicht darum, die Zuständigkeit der Länder in Frage zu stellen. „Beim Koopera-

tionsverbot geht es darum, das wir per Verfassung verbieten, dass Bund und Länder ihre Kräfte bündeln, um objektiv erkannte Probleme in der Bildungslandschaft endlich gemeinsam anzugehen. Das kann nicht der richtige Weg sein.“

Erfolgreiches Ganztags-schulprogramm wäre nicht mehr möglich

Steinmeier erinnerte an das erfolgreiche Ganztags-schulprogramm, das die SPD-geführte Bundesregierung unter Bundeskanzler Schröder ins Leben gerufen hatte und zu einem enormen Ausbauschub bei den Ganztags-schulen geführt hatte. Durch mehr Ganztags-schulen würden Möglichkeiten für Kinder geschaffen, die auf solchen Schulen besser lernen, aber auch Möglichkeiten für Eltern, die aufgrund eigener Berufstätigkeit auf Ganztags-angebote angewiesen seien. Heute wären solche Anstöße in der Bildung durch den Bund nicht mehr möglich, kritisierte Steinmeier. „Es sollte niemand damit rechnen, dass Kinder, Eltern oder Lehrer dafür Verständnis aufbringen.“

Steinmeiers Appell: „Lassen Sie uns doch endlich anfangen, über die jeweils besten Lösungen zu reden statt nur über Zuständigkeiten. Wir brauchen keine Fortsetzung des Kompetenzgerangels, sondern mehr Zusammenarbeit und mehr Bildungsinvestitionen.“

Falsche Weichenstellungen

Steuersenkungen oder das geplante Betreuungsgeld, seien dagegen die falschen Weichenstellungen, kritisierte Steinmeier mit Blick auf die Vorhaben der schwarz-gelben Koalition. Die SPD-Fraktion fordert seit langem, das Geld stattdessen in die Bildungsinfrastruktur zu investieren und damit echte Zukunftschancen für Kinder und Jugendliche zu schaffen.

„Bildung ist der Schlüssel. Mehr Kooperation und mehr Investitionen – das sind die Instrumente,“ stellte der SPD - Fraktionsvorsitzende klar. Die Politik könne insgesamt an Glaubwürdigkeit zurückgewinnen, so Steinmeier, „wenn wir einmal gemeinsam die Kraft hätten, zu sagen: Wir haben uns geirrt, das Kooperationsverbot ist Blödsinn, es muss weg.“

WIR SIND  IELE

http://www.spd.de/aktuelles/wir_sind_viele/



Blickpunkte

Zweites Finanzmarktstabilisierungsgesetz der Koalition Kosten werden weiter beim Steuerzahler landen

In wenigen Tagen hat Schwarz-Gelb in der abgelaufenen Woche mit seiner Mehrheit das Zweite Finanzmarktstabilisierungsgesetz (2. FMStG) durch den Deutschen Bundestag gedrückt – eine Eile, die zumindest von der Sache her nicht gerechtfertigt war.



© Rolf / pixelio.de

Das Gesetz soll die von den Staats- und Regierungschefs des Euro-Währungsgebietes für dieses Jahr vereinbarte stärkere Eigenkapitalunterlegung relevanter europäischer Banken absichern. Dazu werden die Maßnahmen und Instrumente des zum 31. Dezember 2010 ausgelaufenen 1. FMStG wieder aufgerufen und teilweise sogar noch erweitert. Der Garantierahmen wird wieder auf 400 Mrd. Euro und die Kreditermächtigung auf 80 Mrd. Euro (davon 10 Mrd. Euro nur mit Zustimmung des Haushaltsausschusses und 30 Mrd. Euro nur unter Zustimmung des Finanzmarktgremiums des Deutschen Bundestages) erhöht. Es wäre sehr gut gewesen, wenn es eine ausreichende und intensive Beratungszeit im Parlament gegeben hätte.

Vorschläge von Regierungskoalition abgelehnt

Obwohl die SPD - Bundestagsfraktion die Wiederöffnung des FMStG für zwingend erforderlich hält, ist sie der Auffassung, dass die Koalitionsvorstellungen an entscheidenden Stellen zu kurz springen. Bei der Neuauflage des FMStG wurde von Seiten der Regierung und der Koalition versäumt, aus den Entwicklungen und neuen Erkenntnissen der letzten Jahre zu lernen und die richtigen Schlüsse zu ziehen. Deshalb hat die SPD - Bundestagsfraktion das 2. FMStG in der von der Koalition vorgelegten Form abgelehnt. Ihre Forderungen hat die SPD in verschiedenen Anträgen im federführenden Haushaltsausschuss und in einem Entschließungsantrag zur dritten Gesetzeslesung im Plenum (Drs. 17/8488) formuliert und vorgebracht.

Dazu gehören vor allem:

- Es ist sicherzustellen, dass Banken Hilfsmaßnahmen nur dann beanspruchen können, wenn sie die Kosten dieser Maßnahmen selbst tragen. Steuergelder dürfen nicht nochmals zur Rettung oder Stützung von Banken verwendet werden.
- Es ist sicherzustellen, dass insbesondere Rekapitalisie-

rungsmaßnahmen nicht länger nur freiwillig in Anspruch genommen werden können. Ein Institut, das zusätzlichen Eigenkapitalanforderungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht nicht innerhalb einer angemessenen Frist nachkommt, hat einen Antrag auf Stabilisierungsmaßnahmen zu stellen. Diese Verstärkung von Zwangsmaßnahmen ist zur Sicherung des öffentlichen Gutes der Finanzmarktstabilität geboten, zweckmäßig und angemessen. Sie ist eine wichtige Lehre aus den bislang gewonnenen Erfahrungen.

- Der Regelfall muss sein, dass der Bund über den Finanzmarktstabilisierungsfonds unmittelbares und stimmberechtigtes Aktienkapital oder vergleichbares Kapital erwirbt und dann auch Einfluss auf die grundsätzliche Ausrichtung des Geschäftsmodells der begünstigten Bank nimmt.
- Entscheidungen über Stabilisierungsmaßnahmen müssen mit einer stärkeren parlamentarischen Kontrolle und Beteiligung verbunden werden. Die Kontrolle der begünstigten Unternehmen muss ebenfalls eine stärkere



Blickpunkte

- parlamentarische Begleitung erfahren.
- Es ist gesetzlich sicherzustellen, dass eine Bank, die Stabilisierungsmaßnahmen erhält, keine variablen Vergütungen und Boni und keine Dividenden für die Zeit der Maßnahme auszahlen darf.
- Die vorgesehene Befristung auf den 31. Dezember 2012 ist nicht zweckdienlich, da nicht abzusehen ist, ob sich bis dahin die Volatilität der Finanzmärkte beruhigt und die Lage der Kreditinstitute signifikant verbessert hat. Leider hat Schwarz-Gelb mit seiner Mehrheit all diese Forderungen zurückgewiesen.

Positionspapier zur sozialdemokratischen Industriepolitik Industrie wieder ins Zentrum von Wirtschaftspolitik stellen

Die deutsche Industrie steht vor grundlegenden Herausforderungen: Globalisierung, Umwelt- und Klimaschutz, Rohstoffverknappung, technologische Innovationen und demografische Entwicklung sind Treiber eines Strukturwandels, der auch die Industrie weiter verändern wird. Wirtschaft, Gesellschaft und Politik müssen sich jetzt auf die Herausforderungen einstellen – es geht um die Zukunft des Industriestandortes Deutschland.



© berlin-pics / pixelio.de

Mit Sorge ist in diesem Zusammenhang zu beobachten, wie die Bedeutung der Industrie und der Produktion immer stärker aus dem öffentlichen Bewusstsein gerät. Daher muss es bei einer Modernisierungsdebatte auch

darum gehen, einen Diskurs zu Rolle und Selbstverständnis sowie gesellschaftlicher Akzeptanz einer zukunftsorientierten Industrie zu führen.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Hubertus Heil und der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Garrelt Duin haben im Sommer 2011 im Rahmen eines „Branchendialogs“ intensive Gespräche mit Unternehmensvertretern verschiedener Branchen geführt. Gegenstand der Gespräche war das gesamte Spektrum industriepolitischer Handlungsfelder.

Das Positionspapier "Sozialdemokratische Industriepolitik" wurde am 24. Januar von der SPD-Fraktion beschlossen. Es soll dazu beitragen, den Diskurs über die notwendige Modernisierung der Industrie voranzubringen. Deutschland muss durch eine zukunftsorientierte Industriepolitik wieder besser regiert werden: Ein industriepolitisches „Weiter so“ – wie es die Bundesregierung in ihrem Ende 2010 vorgestellten Konzept zur Industriepolitik präsentiert hat - wird den Herausforderungen nicht gerecht.

Das Positionspapier im Wortlaut finden Sie hier:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0,,15642,00.pdf



Blickpunkte

SPD-Bundestagsfraktion kritisiert Niebels Vetternwirtschaft Ministerium wird zum Versorgungswerk für die FDP

Der Deutsche Bundestag hat am Mittwoch, zunächst in einer Fragestunde und dann auf Antrag der SPD-Bundestagsfraktion in einer Aktuellen Stunde, die umstrittene Personalpolitik von Entwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) thematisiert. Seit Monaten ist der FDP-Minister damit beschäftigt, das Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (BMZ) zu vergrößern und die Abteilungen und Referate zu vermehren, um FDP-Mitglieder mit Posten zu versorgen. Dabei hatte er in der Opposition die Daseinsberechtigung des Ministeriums noch in Frage gestellt. „Das Maß ist voll. Wir lassen nicht zu, dass das Ministerium zu einem Versorgungswerk für die FDP verkommt“, sagte Sascha Raabe, entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

Fragwürdige Personalentscheidungen

Besonders kritisch sieht die SPD-Fraktion die Personalentscheidung um Gabriela Büssemaker, ehemalige FDP-Oberbürgermeisterin von Ettlingen. Bei diesem Einstellungsverfahren ist der Eindruck entstanden, dass es bereits vor dem offiziellen Auswahlverfahren eine Zusage an die FDP-Politikerin gab. Damit wären die selbstverständlichen Regeln ordentlicher Auswahlverfahren und Eignungsprüfungen gebrochen worden. Die Kosten für das Verfahren in Höhe von etwa 60.000 Euro sind aus Steuergeldern beglichen worden. Sascha Raabe sagte dazu in Richtung des Ministers: „Wenn sich der Verdacht bestätigen sollte, dass es sich um ein Bewerbungsverfahren zum Schein und auf Kosten der Steuerzahler gehandelt hat, machen Sie sich der Untreue schuldig.“ Die Fraktion wird die genauen Umstände prüfen.

Niebel schadet dem Ansehen der deutschen Entwicklungspolitik

„Wer zu Recht Good Governance von anderen Ländern einfordert, der darf nicht im eigenen Ministerium Vetternwirtschaft betreiben“, sagte Bärbel Kofler. Unter Minister Niebel leiteten der Ruf und die Glaubwürdigkeit der deutschen Entwicklungspolitik immens. Auch Barbara Hendriks unterstrich diesen Aspekt noch einmal in ihrer Rede vor dem Bundestag.

Insgesamt ist das Verhalten von Niebel unglaubwürdig. In seiner Zeit als FDP-Generalsekretär forderte er noch die Abschaffung des BMZ. Doch als Minister tut er genau das Gegenteil: Ungeniert bläht er sein Ministerium mit neuen Abteilungen auf und schafft neue Organisationseinheiten, um Parteifreunde mit hochdotierten Posten zu versorgen. Für die Fraktion handelt es

sich um eine Vetternwirtschaft, der auch die Bundeskanzlerin endlich Einhalt gebieten müsse. Lothar Binding stellte vor diesem Hintergrund die Frage: „Was ist eigentlich in einem Kabinett los, das eine solches Verhalten zulässt?“

Denn auch in den Reihen der Koalition sorgt das Vorgehen von Niebel für Unmut. Entlarvend ist auch, dass das eigene Haus das Vorgehen des Ministers scharf kritisiert. So hat der Personalrat des BMZ in seinem letzten Tätigkeitsbericht die Frage gestellt, ob die von Niebel neu geschaffene Abteilung „Planung und Kommunikation“ nicht als Kampa 2013 für den anstehenden Bundestagswahlkampf eingerichtet wurde. „Wir lassen nicht zu, dass Sie mit Steuergeldern, die für die Armutsbekämpfung zur Verfügung stehen, eine Wahlkampfzentrale aufbauen“, sagte Raabe in der Aktuellen Stunde.



Blickpunkte

Fraktionsbeschluss zur Endlagersuche für Atommüll Mehr Sicherheit und Mitsprache ein Ergebnis erreichen

Beschluss der SPD-Bundestagsfraktion: Grundsätze und Eckpunkte für ein Endlagersuchverfahren



© nrwspd.de

Grundsätze

1. Es gibt kein „sicheres“ Endlager für hochradioaktive Abfälle über die gesamte strahlungsaktive Zeit hinweg. Ein Nachweis darüber, dass endgelagerte radioaktive Stoffe aus den abgebrannten Brennelemente von Atomkraftwerken über zehn- oder hunderttausende von Jahren vom biologischen Kreislauf isoliert werden können, beruht auf Prognosen, die umso unsicherer werden, je weiter sie in die Zukunft reichen. Es kommt bei der Endlagersuche und der Ausgestaltung des Endlagers darauf an, die Bedingungen für eine langfristige Isolation der radioaktiven Stoffe so gut wie möglich zu gestalten, um das Risiko einer langfristigen Freisetzung der radioaktiven Stoffe in die Biosphäre so klein wie möglich zu halten.
2. Die Standortauswahl ist die wesentliche Entscheidung für die Langzeitsicherheit eines Endlagers.
3. Nach dem deutschen Atomgesetz ist es erforderlich, bei der Entscheidung über das Endlager die bestmögliche Schadensvorsorge zu treffen. Die bestmögliche Schadensvorsorge kann aber nur dann getroffen werden, wenn der bestmögliche Standort ausgewählt wird. Nur auf diese Weise wird - auch nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts - das Grundrecht auf Leib und Leben ausreichend geschützt.
4. Die Auswahl eines Endlagerstandortes erfolgte erfolgte nach bisherigen Ergebnissen des Untersuchungsausschusses Gorleben im Deutschen Bundestag nicht nach wissenschaftlich technischen sondern nach politischen Motiven. Sicherheitsaspekte spielten nur eine untergeordnete Rolle. Andere Standorte sind nie ernsthaft in die Prüfung einbezogen worden. Der Standort Gorleben ist deshalb nicht genehmigungsfähig.
5. Die Bereitstellung eines Endlagers ist ein einheitlicher und iterativer Prozess, der die Suche des Standorts, die Erkundung, die Einrichtung, die Organisation des Betriebs und den Verschluss eines Endlagers umfasst. In jeder Phase des Prozesses wird über die radioologischen Risiken des langzeitsicheren Einschlusses der hochaktiven Abfälle und den weiteren Weg zur Bereitstellung des Endlagers und damit über das langfristige Risiko der Endlagerung entschieden. Bereits im Rahmen der Erkundung wird über die Gestaltung des Endlagers entschieden. Standortauswahl, Erkundung, Einrichtung des Endlagers, die Organisation des Endlagerbetriebs und der Verschluss des Endlagers einschließlich der Art und Dauer einer anschließenden Überwachung sind deshalb atomrechtlich zu regeln.
6. Das deutsche einstufige Planfeststellungsverfahren und die allein bergrechtliche Zulassung der Erkundung entsprechen nicht dem iterativen mehrstufigen wissenschaftlich technischen Entscheidungsprozess der Bereitstellung eines Endlagers. Die wesentlichen vorentscheidenden Festlegungen durch Standort und Erkundung werden nach bisheriger Praxis ohne atomrechtliche Planfeststellung und ohne Vorfestlegung atomrechtlicher Sicherheitskriterien getroffen. Die bisherige rechtliche Ausgestaltung der Bereitstellung eines Endlagers



Blickpunkte

durch Bund und Länder hat darüber hinaus dazu geführt, dass die betroffenen Regionen von wesentlichen Entscheidungen ausgeschlossen worden sind.

7. Die Bereitstellung eines Endlagers ist eine nationale und gesamtstaatliche Aufgabe. Standortentscheidungen setzen einen Vergleich von Standorten in allen nach den Auswahlkriterien in Frage kommenden Bundesländern voraus. Sie machen nicht an Ländergrenzen halt. Die wesentlichen Entscheidungen über ein Endlager für hochaktive atomare Abfälle werden deshalb nach Beteiligung der Länder mit dem Ziel konsensualen Vorgehens letztverantwortlich vom Bund getroffen.
8. Die Finanzierung aller Stufen bis zum endgültigen Verschluss des Endlagers muss von den Betreibern als Verursachern der Abfälle getragen werden. Die bisherigen Maßnahmen zur langfristigen Sicherung der Finanzierung durch die Betreiber selbst (Rückstellungspraxis) reichen nicht aus, um den Staat vor einer möglichen Insolvenz der betroffenen Energieversorgungsunternehmen zu schützen.
9. Eine langfristige aktiv überwachte oberflächennahe Zwischenlagerung ist keine Alternative zur Tiefenlagerung der hochaktiven atomaren Abfälle. Die gesellschaftlichen Veränderungen schon innerhalb von einigen hundert Jahren sind weit weniger vorhersehbar als

geologische Veränderungen. Innerhalb der zu betrachtenden Zeiträume kann nicht ausgeschlossen werden, dass es zu Veränderungen kommt, die die Sicherheit vor einer radiologischen Freisetzung des hochaktiven Abfalls stark beeinträchtigen können. Es kann in die Zukunft hinein weder gewährleistet werden, dass das erforderlichen Wissen und die erforderliche Technologie zur Beherrschung des Gefahrenpotentials weiterhin zur Verfügung stehen noch, dass die erforderlichen finanziellen Mittel vorhanden sein werden, um möglicherweise undicht gewordene Behälter zu sichern und das Problem der Endlagerung endgültig zu lösen. Eine langfristig angelegte Zwischenlagerung des atomaren Abfalls würde zudem gegen das weltweit anerkannte und grundlegende Nachhaltigkeitsprinzip der Generationenverantwortung verstoßen, nach dem die Generation, die den Nutzen einer Technologie hat, auch ihre Lasten tragen soll.

10. Eine unbegrenzte einfache Rückholbarkeit der Behälter ist keine Alternative zum endgültigen Verschluss eines Endlagers, welches nach dem Verschluss keiner Überwachung mehr bedarf. Das Risiko des Missbrauchs der hochaktiven atomaren Abfälle muss in die unberechenbare gesellschaftliche Zukunft hinein so klein wie möglich gehalten werden.
11. Eine vereinfachte und sichere Rückholbarkeit der Abfallbe-

hälter muss bis zum Verschluss des Endlagers (Zeithorizont ca. 50 – 60 Jahre) möglich sein, um alle Erkenntnisse, die in dieser Zeit gewonnen werden, für die Sicherheit nutzen zu können. Darüber hinaus sollten die Abfallbehälter für einen Zeitraum von mehreren hundert Jahren durch bergmännische Verfahren sicher rückholbar sein, um auf unvorhergesehene Risiken reagieren zu können.

12. Der gesamte Prozess bis zur endgültigen Auswahl des Standorts lässt sich nur über mehrere Legislaturperioden hinweg bewältigen. Für den Auswahlprozess bis zur Auswahlentscheidung einschließlich der erforderlichen untertägigen Erkundungen ist ein Zeitrahmen von ca. 20 Jahren erforderlich. Für den abschließenden Planfeststellungs-/Genehmigungsschritt und den Bau des Endlagers kommt ein Zeitrahmen von ca. 15 bis 20 Jahren in Betracht. Ein solcher Zeitrahmen liegt im internationalen Vergleich in der Bandbreite bestehender Planungen. Ohne verbindliche öffentlich akzeptierte Zwischenentscheidungen und der Verfahrensführung durch eine von der Tagespolitik möglichst unabhängigen zentralen Stelle nach klaren und transparenten Kriterien besteht bei einer solchen Verfahrensdauer kaum eine Chance auf eine erfolgreiche Durchführung.
13. Die Entscheidungen über alle Schritte von der Standortsuche bis zum Verschluss des



Blickpunkte

Endlagers und den Maßnahmen der Umgebungsüberwachung nach seinem Verschluss setzen eine aktive und qualifizierte Beteiligung der betroffenen Regionen

voraus. Eine solche Beteiligung ist die Bedingung für den Erfolg des Projekts. Dies setzt zu allererst eine intensive gesellschaftliche Diskussion und anschließende Fest-

legung des gesamten Verfahrens bis zum Bau des Endlagers und der im Verfahren anzuwendenden übergeordneten Kriterien voraus.

Aus dem Wahlkreis / Kurz notiert

Alles dicht



© hartmut910 / pixelio.de

Kreis Steinfurt. Auch im Kreis Steinfurt gibt es regen Widerstand gegen die im Landeswassergesetz (LWG) geregelte Dichtheitsprüfung privater Abwasserleitungen. Bislang ist geregelt, dass alle privaten Haushalte bis zum Jahr 2015 die Dichtheit ihrer Kanäle prüfen sollten. Das sieht das Landeswassergesetz vor, das die schwarz-gelbe Vorgänger-Landesregierung im Jahr 2007 erlassen hatte. Die bislang in § 61a LWG fixierten starren gesetzlichen Regelungen haben sich im Praxisvollzug und vor dem Anspruch von Bürgerfreundlichkeit und Gleichbehandlung aber nicht bewährt.

Bereits in 2011 hatte sich die SPD-Bundestagsabgeordnete Ingrid Arndt-Brauer u.a. mit der Bürgerinitiative 'Alles dicht in Neuenkir-

chen' getroffen. Auch die rot-grüne Landesregierung in NRW ist derzeit um eine Lösung dieser Problematik bemüht. Erfreut zeigt sich daher die heimische Bundestagsabgeordnete Ingrid Arndt-Brauer (SPD) von dem Gesetzentwurf der NRW-Landesregierung. 'Mit dem Gesetzentwurf soll eine neue bürgerfreundliche und praxistaugliche gesetzliche Regelung geschaffen werden, die gleichzeitig die Erreichung der Ziele des Gewässerschutzes gewährleistet und dem Vorsorge- und Verursacherprinzip Rechnung trägt', so die münsterländische Abgeordnete.

Die bisherige landesgesetzliche Pflicht zur Erstellung betriebssicherer Abwasseranlagen sowie zur Dichtheitsprüfung privater Abwasserleitungen soll aufgehoben werden. Das soll in der Praxis so aussehen, dass eine Prüfung nur in Ausnahmefällen vorgesehen ist. Darunter fallen Häuser in Wasserschutzgebieten, Häuser mit einem jährlichen Wasserverbrauch von mehr als 200 Kubikmetern sowie Gewerbeimmobilien. Bei Häusern mit einem Wasserverbrauch von weniger als 200 Kubikmeter im Jahr - das ist die große Mehrheit der Einfamilienhäuser - wird eine Funktionsprüfung nur fällig, wenn der Kanal einsturzgefährdet ist. Abwasserkanäle in Wasserschutzgebieten müssen bis 2015 kontrolliert werden, zugelassen werden soll auch das einfachste Prüfverfahren.



Blickpunkte

Agrarlobby blockiert Maßnahmen gegen Intensivtierhaltung



© Dreiucker / pixelio.de

Kreis Steinfurt. Im Kreisgebiet stinkt es immer mehr gegen Himmel. Eine wachsende Zahl von Bürgern fühlt sich durch die Ausweitung der Intensivtierhaltung zunehmend belästigt. `Gefordert ist sowohl der Kreis aber auch der Bund, um den Wildwuchs zu stoppen`, bekräftigt die Bundestagsabgeordnete Ingrid Arndt-Brauer. `Während im Kreishaus am 31. Januar ein Gespräch von Abgeordneten mit dem Landrat zum Thema Intensivtierhaltung stattfinden wird, versäumt es die Bundesregierung, ihre Hausaufgaben zu machen und das Baurecht entsprechend zu ändern`, so die Horstmarer Politikerin weiter.

Ein vom Bundesbauministerium kurz vor Weihnachten 2011 vorgelegter Referentenentwurf für eine Novelle des Baugesetzbuches wurde auf Druck des Landwirtschaftsministeriums, getrieben von der Agrarlobby, kaum einen Tag später wieder zurückgenommen. Bis heute wurde kein neuer Entwurf verschickt. Dabei bietet das Baurecht durch Aufhebung der bisherigen Privilegierungsregelung für Anlagen der Intensivtierhaltung eine wirksame Möglichkeit zur Stärkung einer artgerechten und ökologischen Nahrungsmittelproduktion. Ein entsprechender Vorschlag zur Änderung von § 35 des Baugesetzbuchs war im Referentenentwurf noch enthalten. `Dieser hätte den Kommunen durch Anknüpfung an das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung ein Instrument gegen die Errich-

tung großer gewerblicher Anlagen zur Intensivtierhaltung an die Hand gegeben`, erläuterte Arndt-Brauer.

Aber offenbar scheute die Bundesregierung kurz vor der bedeutenden Landwirtschaftsmesse `Grüne Woche` den Konflikt mit der industriellen Landwirtschaft. Statt wirksamer Maßnahmen wie die notwendige Beschränkung der baurechtlichen Privilegierung habe die Landwirtschaftsministerin jetzt eine unkonkrete `Charta für Landwirtschaft und Verbraucher` angekündigt. Die SPD-Bundestagsfraktion hatte schon im September 2011 in ihrem Antrag `Klare Regelungen für Intensivtierhaltung` ein baurechtliches Vorgehen gegen die Intensivtierhaltung verlangt.

`Wir fordern daher eine entsprechende Regelung im Rahmen einer Novelle des Baugesetzbuches vorzunehmen. Die Koalition muss sich intern endlich einig werden. Die streitenden Ressorts müssen die Kuh vom Eis holen`, fordert die SPD-Bundespolitikerin.

Enttäuschende Antwort von der Leyens

Rheine/Kreis Steinfurt. Tief enttäuscht zeigt sich jetzt die heimische SPD-Bundestagsabgeordnete Ingrid Arndt-Brauer über die Antwort von Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU) zu den Parkplatzproblemen oberschenkelamputierter Menschen.

Die münsterländische Politikerin setzt sich seit längerem für das Anliegen der `Selbsthilfegruppe arm- und beinamputierter Menschen` in Rheine ein, dass auch Oberschenkelamputierte mit 80% Schwerbehinderung Behindertenparkplätze in Anspruch nehmen können. Bislang ist es dieser Gruppe nicht erlaubt, Parkerleichterungen in Anspruch zu nehmen, obwohl sie den vollen Türausschlag für den Ein- und Ausstieg in ihren PKW benötigen.

Bei einem persönlichen Treffen mit der Ministerin für Arbeit und Soziales im Dezember 2011 veranschaulichte Ingrid Arndt-Brauer die Situation der betroffenen Personen und überreichte einen Brief mit der geschilderten Problematik. Von der Leyen versprach eine Prüfung der Angelegenheit sowie eine zeitnahe Beantwortung des Schreibens, was die SPD-Abgeordnete als positiv wertete. `Ich hatte den Eindruck, dass die Ministerin viel Verständnis für die Betroffenen hatte`, Arndt-Brauer. Umso



Blickpunkte

mehr wundere sie sich nun über die Antwort aus dem Ministerium.

So teilt die Ministerin in ihrer Antwort nur kurz mit, dass `seit 2009 neben außergewöhnlich gehbehinderten und blinden Menschen auch contergangeschädigte Menschen berechtigt sind, Behindertenparkplätze zu benutzen. Parkerleichterungen können zudem auch gehbehinderte Menschen mit bestimmten Funktionseinschränkungen an den unteren Gliedmaßen erhalten.` Sie hält es daher für sinnvoll, `zunächst die Auswirkungen dieser Erweiterungen des Berechtigtenkreises auf den ruhenden Verkehr zu beobachten`, wird aus dem Schreiben zitiert.

`Leider fallen die Oberschenkelamputierten nicht unter diese Regelung, sodass es auch weiterhin keine Parkerleichterung für diesen Personenkreis geben wird`, bedauert Arndt-Brauer außerordentlich und verspricht sich weiterhin für das Anliegen der Selbsthilfegruppe einzusetzen.

Digilas Drucktechnik weltweit im Einsatz



Vreden. Tapeten, Verpackungen für Lebensmittel, Briefmarken, Geldscheine und alles was bedruckt werden kann, wird mit der Drucktechnik von Schepers Digilas realisiert. Interessierte Besucher konnte jetzt Geschäftsführer Hans-Georg Schepers (2. v. li.) in seinem 1991 gegründeten Unternehmen begrüßen. Die SPD-Bundestagsabgeordnete Ingrid Arndt-Brauer folgte gerne einer Einladung des Unternehmers und brachte Daniel Overkamp (re. i. Bild), Kläre Winhuysen (li. i. Bild) und Wilhelm Berendsen (Bildmitte) von der SPD Vreden mit.

Der Schwerpunkt von Digilas liegt im Bereich der Entwicklung und Konstruktion von Laseranlagen für den Tief- und Flexodruck, sowie für den Präge- und Sicherheitsbereich, erläuterte Schepers seinen Gästen. `Dass unsere Anlagentechnik bisher in 35 Ländern steht, zeugt von der Qualität unserer Produkte`, so Schepers weiter. Die Hauptkunden von Digilas befinden sich in China, Korea, Japan und im gesamten europäischen Ausland. Viele internationale Auszeichnungen und der Innovationspreis des Münsterlandes bestätigen die Aussage.

Neuerdings ist man in die Anlagenlieferung für den Sicherheitsdruck eingestiegen, u.a. von Banknoten. Hierfür sei eine Bearbeitungsgenauigkeit von bis unter einem Mikrometer erforderlich, erklärte der Unternehmer und zeigte den Besuchern Beispielvorgänge.

Bei dem Rundgang durch die Produktionshallen bekamen die Besucher einen Einblick von der Herstellung der Druckwalzen. `Selten habe ich bei Besuchen in Maschinenbauunternehmen so helle Produktionshallen gesehen`, zeigte sich Arndt-Brauer mit Blick auf die großen Fenster erstaunt. Hans-Georg Schepers, der früher selbst als Arbeitnehmer tätig war, ist es wichtig, seinen rund 25 Mitarbeitern ein angenehmes Arbeitsklima zu schaffen. `Dazu gehört es auch, Tageslicht am Arbeitsplatz zuzulassen`, stellte Schepers abschließend klar.